



Bern, 12. Februar 2025

Ergebnisbericht

zur Vernehmlassung betreffend die Änderung
des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial
(Aufnahme einer Abweichungskompetenz für
den Bundesrat)



1 Ausgangslage

Am 15. Mai 2024 hat der Bundesrat das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) damit beauftragt, die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes vom 13. Dezember 1996¹ über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz, KMG) zu eröffnen. Diese Änderung hatte die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerates (SiK-S) mit der Motion 23.3585 beantragt. Das Vernehmlassungsverfahren endete am 4. September 2024.

Die Änderungsvorlage bezweckt die Aufnahme eines neuen Artikels 22b ins KMG, der dem Bundesrat die Kompetenz einräumen würde, im Falle ausserordentlicher Umstände zur Wahrung der aussen- oder sicherheitspolitischen Interessen des Landes von den Bewilligungskriterien für Auslandsgeschäfte abzuweichen. Die Vorlage greift wortwörtlich den ursprünglichen Vorschlag auf, den der Bundesrat im März 2021 in seinem indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)»² unterbreitet hatte. Dieser hatte damals im Parlament jedoch keine Mehrheit gefunden.

Durch die Aufnahme einer Abweichungskompetenz in das KMG soll der Bundesrat einen Handlungsspielraum erhalten, um die Ausfuhrpolitik für Kriegsmaterial an sich ändernde aussen- und sicherheitspolitische Gegebenheiten anzupassen. Diese Kompetenz würde es zudem erlauben, im Inland eine an die Bedürfnisse der Schweizer Landesverteidigung angepasste industrielle Kapazität aufrechtzuerhalten.

Der Bundesrat hätte weiterhin die aussenpolitischen Grundsätze der Schweiz zu wahren und ihre internationalen Verpflichtungen zu erfüllen. Zu diesen Verpflichtungen gehören insbesondere der Vertrag über den Waffenhandel, das Neutralitätsrecht, das humanitäre Völkerrecht und die Menschenrechte. Im Übrigen dürfte der Bundesrat nur für einen begrenzten Zeitraum von den Bewilligungskriterien abweichen und im Falle einer Anwendung der Abweichungskompetenz ist die Mitwirkung des Parlaments in der Vorlage bereits geregelt.

2 Zusammenfassung der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens

Die Kantone sowie die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), die in der Bundesversammlung vertretenen politischen Parteien, die gesamtschweizerischen Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete, die gesamtschweizerischen Dachverbände der Wirtschaft sowie 26 weitere interessierte Kreise wurden für die Vernehmlassung direkt angeschrieben. Insgesamt wurden 71 interessierte Behörden und Organisationen um ihre Stellungnahme gebeten (vgl. Anhang). Bis zum Ablauf der Vernehmlassungsfrist hatte das WBF 50 Stellungnahmen von Behörden und Organisationen erhalten. Während die grosse Mehrheit der Kantone die Aufnahme einer Abweichungskompetenz in das KMG unterstützt, sind die politischen Parteien in dieser Frage uneinig. Die Wirtschaftsverbände und die Organisationen, die sich mit Sicherheitsfragen zugunsten einer starken Rüstungsindustrie befassen, befürworten die Vorlage, wobei die Hälfte von ihnen der Meinung ist, die beantragte Neuregelung gehe nicht weit genug. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) und die Organisationen der Zivilgesellschaft sprechen sich allesamt gegen die vorgeschlagene Änderung aus. Ein Grossteil von ihnen war Mitglied der Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer («Allianz»), die die Korrektur-

¹ SR 514.51

² BBI 2021 623

Initiative damals eingereicht hatte. Sie sind im Übrigen mehrheitlich gegen jegliche Lockerung der Kriegsmaterialgesetzgebung.

3 Überblick

Die Auswertung der **50** Stellungnahmen ist in der nachstehenden Tabelle zusammengefasst. Die Stellungnahmen sind nach folgenden Kriterien geordnet:

- **Zustimmung:** Die Vorlage wird vorbehaltlos unterstützt.
- **Vorbehalte:** Die Vorlage wird grundsätzlich befürwortet, aber es bestehen Änderungswünsche.
- **Ablehnung:** Die Vorlage wird abgelehnt.

Kategorie	Zustimmung	Vorbehalte	Ablehnung	Total
<i>Kantone & kantonale Konferenzen</i>	AG, AI, AR, FR, GL, GR, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TI, TG, UR, VS, ZG, RK MZF (20)	BL (1)	GE, VD (2)	23
<i>In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien</i>	FDP, SVP (2)	Die Mitte (1)	EVP, Grüne, SP (3)	6
<i>Interessengruppen</i>	CHANCE SCHWEIZ, economiesuisse, SGV, SOG, Swiss Textiles (5)	Arbeitskreis Sicherheit und Wirtschaft, GMDSI, GRPM, Swiss ASD, Swissmem (5)	Caritas, Frauen für den Frieden Schweiz, FRIEDA, GSoA, Helvetas, Politbeobachter, PSR/IPPNW, PWAG, Rotes Kreuz, SFR, SGB (11)	21
Total	27	7	16	50

4 Ergebnis der Vernehmlassung bei den Kantonen

Die Kantone **Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Freiburg, Glarus, Graubünden, Neuenburg, Nidwalden, Obwalden, Schaffhausen, Solothurn, St. Gallen, Schwyz, Tessin, Thurgau, Uri, Wallis** und **Zug** sowie die **Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RK MZF)** unterstützen die zur Vernehmlassung unterbreitete Änderungsvorlage für das KMG. Sie führen hierfür vor allem zwei Gründe an: dass einerseits der Bundesrat über einen ausreichenden Handlungsspielraum zur Wahrung der aussen- und sicherheitspolitischen Interessen des Landes im Falle ausserordentlicher Umstände verfügen und dass andererseits eine an die Bedürfnisse der Landesverteidigung angepasste

industrielle Kapazität in der Schweiz aufrechterhalten werden müsse. Hierzu empfehlen die Kantone Aargau, Appenzell Ausserrhoden, Glarus und Nidwalden sowie die RK MZF dem Bundesrat zudem, bis Mitte 2025 einen Bericht über die Förderung und den Ausbau der Schweizer Rüstungsindustrie vorzulegen. Dieser Bericht solle aufzeigen, wie die Landesregierung bis 2035 die heimische Rüstungsindustrie konkret fördern will. Die Herstellung von Munition unterschiedlichster Kaliber sei ebenso zu berücksichtigen, wie beispielsweise die Entwicklung von Drohnen zur Bekämpfung eines mechanisierten Gegners, die Dezentralisierung der Produktion sowie andere Themen von Interesse.

Der Kanton **Luzern** hat keine Einwände und Bemerkungen vorgebracht.

Der Kanton **Basel-Landschaft** befürwortet die Vorlage, regt allerdings an, den Begriff «ausserordentliche Umstände» zu konkretisieren, da die Terminologie sehr unbestimmt sei, womit grosse Unsicherheiten hinsichtlich der zukünftig möglichen Anwendung der Abweichungskompetenz verbunden seien. Er empfiehlt ebenfalls, explizit in den Gesetzestext aufzunehmen, dass diese Abweichungskompetenz nicht anwendbar sei zur Bewilligung von Ausfuhren in Länder, die Menschenrechte missachten oder in denen ein hohes Risiko besteht, dass das auszuführende Kriegsmaterial gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt oder an einen unerwünschten Empfänger weitergegeben wird. Er schlägt schliesslich vor, die Geltungsdauer einer allfälligen Verordnung anstelle der in der neuen Bestimmung vorgesehenen vier Jahre auf maximal zwei Jahre zu verkürzen.

Der Kanton **Genf** lehnt die Aufnahme einer Abweichungskompetenz in das KMG aufgrund seiner Stellung als Gastkanton des «internationalen Genfs» und seiner Verbundenheit gegenüber der langen Tradition der schweizerischen Neutralität ab. Der Kanton **Waadt** befürwortet sie ebenfalls nicht, da die Vorlage nur kurze Zeit nach der Annahme des Gegenvorschlags zur Korrektur-Initiative durch die eidgenössischen Räte im Jahr 2021 erfolge.

Die **Konferenz der Kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten der Schweiz (KKPKS)** verzichtet auf eine Stellungnahme, ebenso wie die **Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)**, die es den einzelnen Kantonen überlässt, sich zur Vorlage zu äussern.

5 Ergebnis der Vernehmlassung bei den politischen Parteien

Die FDP. Die Liberalen (FDP) unterstützt die Änderung des KMG, die aufgrund der Entwicklung der weltweiten geopolitischen Lage gerechtfertigt sei. Der Bundesrat müsse angesichts dieser Lage über ein geeignetes Mittel verfügen, wenn Landesinteressen auf dem Spiel stehen. Die FDP meint im Übrigen, dass die beantragte Neuregelung die Aufrechterhaltung einer an die Bedürfnisse der Landesverteidigung angepassten industriellen Kapazität in der Schweiz sowie den Erhalt von Arbeitsplätzen im Hochtechnologiebereich ermöglichen würde.

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) erachtet die Einführung der Abweichungskompetenz als wichtigen Schritt zur Stärkung der einheimischen Rüstungspolitik, insbesondere im Rahmen der bewaffneten Neutralität und der Unabhängigkeit der Schweiz vom Ausland. Sie plädiert sogar für weitere Schritte, um den Fortbestand der einheimischen Rüstungsindustrie zu sichern.

Die Mitte unterstützt die Änderungsvorlage, da sie erstens dem Bundesrat als Reaktion auf ausserordentliche Situationen in einem sich rasch verändernden Kontext internationaler Instabilität Flexibilität verleihe, was derzeit nicht gegeben sei, und der Anwendungsbereich zweitens eingeschränkt sei. Die Partei verlangt jedoch vom Bundesrat, die Abweichungskompetenz mit einem Maximum an Zurückhaltung nur zugunsten von

demokratischen Rechtsstaaten anzuwenden und im Anwendungsfall unverzüglich transparente und stringente Begründungen für sein Vorgehen vorzulegen.

Die **Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)**, die **Grünen** und die **Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP)**, allesamt Mitglieder der Allianz, lehnen die Änderung des KMG aus den folgenden Gründen entschieden ab:

- die Streichung der vom Bundesrat im Gegenvorschlag zur Korrektur-Initiative vorgeschlagenen Abweichungskompetenz sei damals eine zwingende Bedingung für deren Rückzug gewesen;
- die Anwendungsbedingungen der Abweichungskompetenz seien sehr schwammig, womit dem Bundesrat ein Blankoscheck für die Aushebelung der Exportbestimmungen des KMG ausgehändigt würde und somit die demokratische Legitimation der Bewilligungskriterien unterminiert würde, die mit der Umsetzung der Korrektur-Initiative und der Aufnahme dieser Kriterien ins Gesetz erreicht wurde;
- die vorgeschlagene Änderung sei ihrer Ansicht nach in erster Linie durch die wirtschaftlichen Interessen der Rüstungsindustrie begründet.

6 Ergebnis der Vernehmlassung bei den Interessengruppen

Die Wirtschaftsverbände und die Organisationen, die sich mit Sicherheitsfragen zugunsten einer starken Rüstungsindustrie befassen, befürworten die Änderungsvorlage für das KMG. Der **Arbeitskreis für Sicherheitsfragen (CHANCE SCHWEIZ)**, **economiesuisse**, der **Schweizerische Gewerbeverband (SGV)**, die **Schweizerische Offiziersgesellschaft (SOG)** und **Swiss Textiles** unterstützen die Vorlage. Hierfür werden insbesondere folgende Gründe angeführt:

- die Flexibilität, die die Abweichungskompetenz dem Bundesrat bietet, um die aussen- und sicherheitspolitischen Interessen des Landes zu wahren und sich an den immer rascheren Wandel der geo- und sicherheitspolitischen Realitäten anzupassen, die sich seit der Behandlung des Gegenvorschlags zur Korrektur-Initiative stark verändert haben;
- die Bedeutung der Aufrechterhaltung der Einbindung der Schweizer Sicherheits- und Wehrtechnikindustrie in die internationalen Wertschöpfungsketten im Falle ausserordentlicher Umstände, insbesondere im Rahmen von Offset-Geschäften im Zusammenhang mit Käufen der Schweizer Armee;
- die Aufrechterhaltung einer an die Bedürfnisse der Schweizer Landesverteidigung angepassten industriellen Kapazität und der Erhalt von hochqualifizierten Arbeitsplätzen im Hochtechnologiebereich, womit die Innovation in der Schweiz gefördert werde;
- die Notwendigkeit, den Zugang zu Exportmärkten im Falle ausserordentlicher Umstände weiterhin zu gewährleisten, da die Nachfrage im heimischen Markt für den Aufrechterhalt einer schweizerischen Rüstungsindustrie zu klein sei.

Der **Arbeitskreis Sicherheit und Wirtschaft**, die **Gruppo materiale difesa e sicurezza della Svizzera italiana (GMDSI)**, die **Groupe romand pour le matériel de défense et de sécurité (GRPM)**, **Swiss ASD** und **Swissmem** unterstützen die Vorlage aus den oben bereits genannten Gründen. Ihrer Meinung nach geht sie allerdings nicht weit genug. Entsprechend schlagen diese Organisationen drei Varianten vor (in absteigender Prioritätenordnung):

- In der ersten Variante wird die Streichung von Artikel 22a Absatz 2 Buchstabe a KMG vorgeschlagen, weil die Kombination von Neutralitätsrecht, Sanktionen, internationalen Exportkontrollregimen und Vorgaben von Artikel 22a Absatz 2 Buchstabe b KMG genügend umfassend sei, um die Lieferung von Schweizer Waffen in unerwünschte Länder zu verhindern, womit die Aufnahme von Artikel 22b, wie in der Motion 23.3585 gefordert, hinfällig werde;
- In der zweiten Variante wird vorgeschlagen, Artikel 22 KMG so anzupassen, dass Artikel 22a Absatz 2 Buchstabe a KMG nicht für Länder nach Anhang 2 der Kriegsmaterialverordnung (KMV) gilt, der Bundesrat analog zum neuen Artikel 22b Absatz 1 Buchstabe b KMG diesen zur Wahrung der aussen- oder der sicherheitspolitischen Interessen des Landes aber trotzdem anwenden kann;
- Die dritte Variante sieht vor, den Änderungsvorschlag für das KMG zu unterstützen, so wie er in der Motion 23.3585 formuliert ist, sollten keine grösseren Schritte möglich sein.

Die Organisationen der Zivilgesellschaft, von denen ein Grossteil der Allianz angehörten, lehnen die Aufnahme einer Abweichungskompetenz in das KMG kategorisch ab. **Ärztinnen und Ärzte für soziale Verantwortung und zur Verhütung des Atomkrieges (PSR/IPPNW)**, die **Caritas**, die **feministische Friedensorganisation FRIEDA**, **Frauen für den Frieden Schweiz**, **FriedensFrauen Weltweit (PeaceWomen Across the Globe, PWAG)**, die **Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA)**, **Helvetas**, das **Rote Kreuz**, der **Schweizerische Friedensrat (SFR)** und der **Verein Politbeobachter** lehnen die Änderung des KMG, so wie sie in der Motion 23.3585 vorgeschlagen wird, ab. Ihre Argumente für eine Ablehnung betreffen insbesondere folgende Punkte:

- die Streichung der vom Bundesrat im Gegenvorschlag zur Korrektur-Initiative vorgeschlagenen Abweichungskompetenz sei damals eine zwingende Bedingung für deren Rückzug gewesen;
- grundsätzliche Ablehnung jeglicher Aufweichung der Exportbestimmungen für Kriegsmaterial;
- fehlende klare Kriterien dafür, wann von der Ausnahmeregelung Gebrauch gemacht werden kann und wann nicht, womit ein zu grosser Interpretationsspielraum für den Bundesrat belassen und somit die demokratische Legitimation der Bewilligungskriterien unterminiert werde, die mit der Umsetzung der Korrektur-Initiative und der Aufnahme dieser Kriterien ins Gesetz erreicht wurde;
- Risiko einer Aufweichung der Exportbestimmungen aus rein wirtschaftlichen Überlegungen zugunsten der schweizerischen Rüstungsindustrie ohne Rücksichtnahme auf Menschenrechte und Menschenwürde;
- Fehlen einer ausreichenden Garantie zur Verhinderung von Verstössen gegen das humanitäre Völkerrecht;
- Abweichungskompetenz würde im Widerspruch zur humanitären Tradition der Schweiz stehen, die zudem Depositarstaat der Genfer Konventionen ist.

In ihrer Stellungnahme kündigt die GSoA an, dass sie das Referendum ergreifen werde, sollte das Parlament die Vorlage zur Aufnahme einer Abweichungskompetenz in das KMG genehmigen.

Der **Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB)** schliesslich anerkennt zwar, dass es für Teile der Rüstungsindustrie hinderlich fürs Geschäft sein könnte, wenn bestehende Geschäftsbeziehungen wegen neuer Konflikte nicht mehr fortgeführt werden könnten, was unter Umständen auch für Arbeitsplätze in den betreffenden Sektoren abträglich wäre.

Dennoch lehnt er die vorgeschlagene Änderung des KMG ab. Der SGB ist der Auffassung, dass keine Dringlichkeit für die Einführung einer solchen Abweichungskompetenz bestehe, da Schweizer Kriegsmaterial hauptsächlich in westliche Demokratien ausgeführt werde, die in der jüngeren Vergangenheit selten in neue Konflikte verwickelt worden seien. Anstelle eines neuen Artikels 22*b*, der zu offen formuliert sei, wäre laut dem SGB eine gesetzliche Regelung zu treffen, wann und unter welchen Bedingungen Kriegsmaterial noch an einen Partnerstaat geliefert werden kann, falls dieser in einen Konflikt gerät.

Anhang: Liste der Vernehmlassungsadressaten

Kantone

Staatskanzlei des Kantons Zürich	Neumühlequai 10 Postfach 8090 Zürich staatskanzlei@sk.zh.ch
Staatskanzlei des Kantons Bern	Postgasse 68 3000 Bern 8 info@sta.be.ch
Staatskanzlei des Kantons Luzern	Bahnhofstrasse 15 6002 Luzern staatskanzlei@lu.ch
Standeskanzlei des Kantons Uri	Rathausplatz 1 6460 Altdorf ds.la@ur.ch
Staatskanzlei des Kantons Schwyz	Regierungsgebäude Bahnhofstrasse 9 Postfach 1260 6431 Schwyz stk@sz.ch
Staatskanzlei des Kantons Obwalden	Rathaus 6061 Sarnen staatskanzlei@ow.ch
Staatskanzlei des Kantons Nidwalden	Dorfplatz 2 Postfach 1246 6371 Stans staatskanzlei@nw.ch
Staatskanzlei des Kantons Glarus	Rathaus 8750 Glarus staatskanzlei@gl.ch
Staatskanzlei des Kantons Zug	Seestrasse 2 Regierungsgebäude am Postplatz 6300 Zug info@zg.ch
Staatskanzlei des Kantons Freiburg	Rue des Chanoines 17 1701 Freiburg chancellerie@fr.ch
Staatskanzlei des Kantons Solothurn	Rathaus Barfüssergasse 24 4509 Solothurn kanzlei@sk.so.ch
Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt	Marktplatz 9 4001 Basel staatskanzlei@bs.ch
Landeskanzlei des Kantons Basel-Landschaft	Regierungsgebäude Rathausstrasse 2 4410 Liestal landeskanzlei@bl.ch
Staatskanzlei des Kantons Schaffhausen	Beckenstube 7 8200 Schaffhausen staatskanzlei@ktsh.ch

Kantonskanzlei des Kantons Appenzell Ausserrhoden	Regierungsgebäude 9102 Herisau Kantonskanzlei@ar.ch
Ratskanzlei des Kantons Appenzell Innerrhoden	Marktgasse 2 9050 Appenzell info@rk.ai.ch
Staatskanzlei des Kantons St. Gallen	Regierungsgebäude 9001 St. Gallen info.sk@sg.ch
Standeskanzlei des Kantons Graubünden	Reichsgasse 35 7001 Chur info@gr.ch
Staatskanzlei des Kantons Aargau	Regierungsgebäude 5001 Aarau staatskanzlei@ag.ch
Staatskanzlei des Kantons Thurgau	Regierungsgebäude Zürcherstrasse 188 8510 Frauenfeld staatskanzlei@tg.ch
Cancelleria dello Stato del Cantone Ticino	Piazza Governo 6 6501 Bellinzona can-scdds@ti.ch
Chancellerie d'Etat du Canton de Vaud	Place du Château 4 1014 Lausanne info.chancellerie@vd.ch
Staatskanzlei des Kantons Wallis	Planta 3 1950 Sion Chancellerie@admin.vs.ch
Chancellerie d'Etat du Canton de Neuchâtel	Le Château Rue de la Collégiale 12 2000 Neuenburg Secretariat.chancellerie@ne.ch
Chancellerie d'Etat du Canton de Genève	Rue de l'Hôtel-de-Ville 2 Case postale 3964 1211 Genf 3 service-adm.ce@etat.ge.ch
Chancellerie d'Etat du Canton du Jura	2, rue de l'Hôpital 2800 Delémont chancellerie@jura.ch
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) Conférence des gouvernements cantonaux (CdC) Conferenza dei Governi cantonali (CdC)	Sekretariat Haus der Kantone Speichergasse 6 Postfach 3001 Bern mail@kdk.ch

In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien

Die Mitte Le Centre Alleanza del Centro	Generalsekretariat Seilerstrasse 8a Postfach 3001 Bern info@die-mitte.ch
Eidgenössisch-Demokratische Union EDU Union Démocratique Fédérale UDF Unione Democratica Federale UDF	Postfach 3602 Thun info@edu-schweiz.ch
Evangelische Volkspartei der Schweiz EVP Parti évangélique suisse PEV Partito evangelico svizzero PEV	Nägeligasse 9 Postfach 3001 Bern vernehmlassungen@evppev.ch
FDP. Die Liberalen PLR. Les Libéraux-Radicaux PLR.I Liberali Radicali	Generalsekretariat Neuengasse 20 Postfach 3001 Bern info@fdp.ch
GRÜNE Schweiz Les VERT-E-S suisses I VERDI svizzera	Waisenhausplatz 21 3011 Bern gruene@gruene.ch
Grünliberale Partei Schweiz glp Parti vert'libéral Suisse pvl Partito verde liberale svizzero pvl	Monbijoustrasse 30 3011 Bern schweiz@grunliberale.ch
<i>Lega dei Ticinesi (Lega)</i>	Via Monte Boglia 3 Case postale 4562 6904 Lugano lorenzo.quadri@mattino.ch
<i>Mouvement Citoyens Genevois MCG</i>	Rue Camille-Martin 18 1203 Genève info@mcge.ch
Schweizerische Volkspartei SVP Union Démocratique du Centre UDC Unione Democratica di Centro UDC	Generalsekretariat Postfach 8252 3001 Bern gs@svp.ch
Sozialdemokratische Partei der Schweiz SP Parti socialiste suisse PSS Partito socialista svizzero PSS	Zentralsekretariat Theaterplatz 4 Postfach 3001 Bern franziska.tlach@spschweiz.ch

Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete

Schweizerischer Gemeindeverband Association des Communes Suisses Associazione dei Comuni Svizzeri	Holikofenweg 8 Postfach 3001 Bern verband@chgemeinden.ch
Schweizerischer Städteverband Union des villes suisses Unione delle città svizzere	Monbijoustrasse 8 Postfach 3001 Bern info@staedteverband.ch
Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete Groupement suisse pour les régions de montagne Gruppo svizzero per le regioni di montagna	Seilerstrasse 4 Postfach 3001 Bern info@sab.ch

Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft

economiesuisse Verband der Schweizer Unternehmen Fédération des entreprises suisses Federazione delle imprese svizzere Swiss business federation	Hegibachstrasse 47 Postfach 8032 Zürich info@economiesuisse.ch ; bern@economiesuisse.ch ; luc.schnurrenberger@economiesuisse.ch
Schweizerischer Gewerbeverband (SGV) Union suisse des arts et métiers (USAM) Unione svizzera delle arti e mestieri (USAM)	Schwarztorstrasse 26 Postfach 3001 Bern info@sgv-usam.ch
Schweizerischer Arbeitgeberverband Union patronale suisse Unione svizzera degli imprenditori	Hegibachstrasse 47 Postfach 8032 Zürich verband@arbeitgeber.ch
Schweiz. Bauernverband (SBV) Union suisse des paysans (USP) Unione svizzera dei contadini (USC)	Laurstrasse 10 5201 Brugg info@sbv-usp.ch
Schweizerische Bankiervereinigung (SBVg) Association suisse des banquiers (ASB) Associazione svizzera dei banchieri (ASdB) Swiss Bankers Association	Postfach 4182 4002 Basel office@sba.ch
Schweiz. Gewerkschaftsbund (SGB) Union syndicale suisse (USS) Unione sindacale svizzera (USS)	Monbijoustrasse 61 Postfach 3000 Bern 23 info@sgb.ch
Kaufmännischer Verband Schweiz Société suisse des employés de commerce Società svizzera degli impiegati di commercio	Hans-Huber-Strasse 4 Postfach 1853 8027 Zürich politik@kfmv.ch
Travail.Suisse	Hopfenweg 21 Postfach 5775 3001 Bern info@travailsuisse.ch

Weitere interessierte Kreise

Allianz gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer Coalition contre les exportations d'armes dans les pays en guerre civile	Postfach 1515 8031 Zürich info@korrektur-initiative.ch
Alliance Sud	Monbijoustrasse 31 Postfach CH-3001 Bern mail@alliancesud.ch
Amnesty International Schweiz Amnesty International Suisse Amnesty International Svizzera	Speichergasse 33 3001 Bern info@amnesty.ch
Arbeitskreis Sicherheit und Wehrtechnik (ASUW) Cercle de travail Sécurité et techniques de défense (cstd)	Postfach 2407 8021 Zürich 1 mail@asuw.ch
<i>Association des Fabricants de Décolletages et de Taillages</i> AFDT	Case Postale 63 2013 Colombier info@afdt.ch
<i>Association for Swiss Industry Participation in Security & Defense Procurement Programs</i> (ASIPRO)	F. Fischer AG Treuhandgesellschaft Steinbärenstrasse 2 6234 Triengen info@f-fischerag.ch
<i>Associazione industrie ticinesi</i> (aiti)	Corso Elvezia 16 Casella postale 5130 CH-6901 Lugano info@aiti.ch
<i>Groupe romand pour le matériel de défense et de sécurité</i> (GRPM)	Rue des Voignous 9 2800 Delémont JU info@grpm.ch
Gruppe für eine Schweiz ohne Armee – GSoA Groupe pour une suisse sans armée – GSsA	Postfach 1164 CH – 8031 Zürich gsoa@gsoa.ch
Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police (CCDJP) Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia (CDDGP)	Haus der Kantone Speichergasse 6 Postfach 3001 Bern info@ccdip.ch
Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren Conférence des Chefs des Départements cantonaux de l'Économie publique Conferenza dei Direttori Cantionali dell'Economia Pubblica	Haus der Kantone Speichergasse 6 Postfach 3001 Bern info@vdk.ch
Konferenz der Kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten (KKPKS) Conférence des Commandants des polices cantonales de Suisse (CCPCS) Conferenza dei Comandanti delle polizie cantonali (CCPCS)	Generalsekretariat Speichergasse 6 3011 Bern media@ccpcs.ch
proTELL Gesellschaft für ein freiheitliches Waffenrecht proTELL Société pour un droit libéral sur les armes proTELL Società per un diritto liberale sulle armi	Sekretariat proTELL Kramgasse 58 Postfach 522 3000 Bern sekretariat@protell.ch

Association Suisse des Armuriers et Négociants d'Armes	Kirchbergstrasse 186 A CH-3400 Burgdorf info@sbv-asa.ch
SGA – Schweizerische Gesellschaft für Automatik Association Suisse pour l'Automatique	Sekretariat Irène Hefti HSR Hochschule für Technik Rapperswil Oberseestrasse 10 8640 Rapperswil sekretariat@sga-asspa.ch
SMZ – Schweiz. Fachverband metallverarbeitender Zulieferer SIM – Association suisse des sous-traitants de l'industrie métallurgique	Grabackerstrasse 6 Postfach 4502 Solothurn info@smz-net.ch
Schweizerische Offiziersgesellschaft Société Suisse des Officiers Società Svizzera degli Ufficiali	Generalsekretariat SOG Kapellenstrasse 14 Postfach 3001 Bern office@soq.ch
Schweizerische Vereinigung für Sensortechnik (SVS) Association Suisse de Technologie des Capteurs (ASTC)	Ruelle DuPeyrou 4 2001 Neuchâtel Schweiz info@sensors.ch
SEMA – Schweiz. Verband der Elektromaschinenbauern UCME – Union Suisse des entreprises de construction de machines électriques	SEMA Sekretariat Kohlhüttenstrasse 3 6440 Brunnen SZ <a href="mailto:sekretariat@sema-
verband.ch">sekretariat@sema- verband.ch
Swiss Engineering STV	Weinbergstrasse 41 8006 Zürich info@swissengineering.ch
Swissmechanic	Felsenstrasse 6 8570 Weinfelden info@swissmechanic.ch
Swiss Precision – Schweiz. Verband der Drehteile-Industrie (SDI) Association suisse du décolletage	Grabackerstrasse 6 Postfach 4502 Solothurn info@swiss-precision.ch
Swiss Technology Network	Industriestrasse 4a 8604 Volketswil info@swisst.net
L'Association de l'industrie suisse des machines, des équipements électriques et des métaux (SWISSMEM)	Pfingstweidstrasse 102 8005 Zürich info@swissmem.ch
UNIA – Die Gewerkschaft UNIA – Le Syndicat UNIA – Il Sindacato	Weltpoststrasse 20, Postfach 272 3000 Bern 15 info@unia.ch
Verband Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB Fédération Suisse des Fonctionnaires de Police FSFP Federazione Svizzera dei Funzionari di Polizia FSFP	Verbandssekretariat Villenstrasse 2 6005 Luzern mail@vspb.org